

Bezugspreis: Vierteljährl. 36.- M. monatl. 12.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 12. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Stillegung der Berliner Gaswerke.

Die im Charlottenburger Gaswerk ausgeübte passive Resistenz hat jetzt auch auf sämtliche Gasanstalten Groß-Berlins übergegriffen.

Ueber die Stellungnahme der Elektrizitätsarbeiter zu diesem Konflikt ist noch nichts bekannt.

In der Mittagsstunde trat auch der Magistrat zusammen, um sich mit dem Ultimatum seiner Arbeiter zu beschäftigen.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband wird uns mitgeteilt, daß der Konflikt in dem Augenblick beigelegt sein wird.

Die „rote Fahne“ stimmt heute morgen einen Subelgefang über die „revolutionäre Tat“ der Gasarbeiter an.

Die Gasarbeiter haben genau so wie wir gewünscht, daß sich der Magistrat heute mit den Forderungen der städtischen Arbeiter beschäftigen würde.

Das Geschrei mit Stinnes und der „Stinnes-Regierung“ hat nicht vermocht, die Anhänger der SPD. zu großen Aktionen aufzuwecken.

Von dem vernünftigeren Teil der Arbeiterschaft erwarten wir, daß er einsteht, zu welchen Zwecken er hier mißbraucht wird.

Das Lohnkartell der städtischen Arbeiter hat heute sämtliche Funktionäre in den städtischen Betrieben zu Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr nach der „Neuen Welt“ (Hafenstraße) einberufen.

Betriebsrat und Lohnforderungen.

Genosse Flatau, Referent im Reichsarbeitsministerium, sendet uns folgende für jeden Betriebsrat wichtige Notiz:

Der „Vorwärts“ bemerkt am Freitag mit Recht, daß die Berliner Gemeinde-Betriebsräte ihren gesetzlichen Aufgabenkreis überschreiten.

von vornherein der Rechtswirkung bar und bindet keinen der vertragstließenden Teile.

Der § 78 Ziffer 2 B.R.G., auf den es hier ankommt, gibt dem Betriebsrat (Arbeiterrat, Angestelltenrat) die Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnissen nur, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht.

Nur dann, wenn ein Tarifvertrag nicht bestünde, könnten die Betriebsräte auch über die jetzt im Tarifvertrag geregelten Gegenstände eine Vereinbarung treffen.

Die Betriebsräte und die von ihnen vertretene Arbeiterschaft stehen, wenn sie in das gesetzlich und durch den Willen der Organisationen diesen vorbehaltenen Aufgabengebiet eindringen wollen, vor der Frage: Betriebsräte oder Gewerkschaft.

Frankreich und Washington.

Paris, 12. November. (C.C.) Der Pariser „New York Herald“ hat sich in französischen politischen Kreisen danach umgesehen, welche Haltung Frankreich auf der Konferenz in der Frage der Verminderung der Rüstungen zu Lande einnehmen wird.

Man gibt allgemein der Hoffnung Ausdruck, daß die Washingtoner Konferenz Frankreich solche Garantien geben werde, daß es ihm möglich sein werde, seine Armee auf die unbedingt notwendige Defensivstärke herabzusetzen.

Ueberall Verringerung, nur nicht im befehlten auszufahrenden Deutschland!

Nie wieder Krieg!

London, 12. November. (W.T.B.) Auf einer Zusammenkunft von Frauen, die eine große Anzahl von Organisationen mit etwa 4 1/2 Millionen Mitgliedern vertreten, wurde beschlossen, an die Liga amerikanischer Frauen in Washington eine Postkarte zu senden.

Verschmähte Geldquellen.

An die Adresse des Reichsverkehrsministers.

Die Industriellen und ihre Freunde, die Finanziers, reden so übereifrig davon, daß entstaatlichte Eisenbahnen für den Staat sehr vorteilhafte Einrichtungen sein würden.

Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die öffentliche Kritik mit dem Verhältnis des Reichsverkehrsministeriums zur Mitropa, und schon im Frühjahr dieses Jahres verjuchte eine Anfrage sozialdemokratischer Abgeordneter des Reichstags (Frau Schreiber-Krieger, Meerfeld und Stüdten) in das Dunkel dieser Beziehungen etwas hineinzuleuchten.

Nach der Darstellung des Reichsverkehrsministeriums sollte die Mitropa im Jahre 1916 nur dazu gegründet worden sein, um den überragenden Einfluß der französischen-belgischen Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft zu brechen.

Ganz erstaunlich ist die Klausel in dem mit der Mitropa abgeschlossenen Vertrag, wonach die früheren internationalen Güterzüge der Mitropa erst dann überlassen werden sollen, sobald sich nach dem Kriege die Verkehrsverhältnisse übersehen ließen.

Ueber die Mietwagen, die die Reichsbahn der Mitropa laut Vertrag vom April und Mai 1918 zur Verfügung zu stellen hat, teilte das Ministerium in jener Reichstags-Sitzung mit, daß die Tagesmiete für einen Wagen bei mehr als vierwöchiger Dauer auf 85 M., bei weniger als vierwöchiger Dauer auf 160 M. erhöht wurde.

Auch die Angaben des Geheimrats Knebel über die Gewinnbeteiligung des Reiches waren lüdenhaft und verhielten sorgsam die Bevorzugung der Privatgesellschaft.

Nun zu den Verträgen selbst. Es sind da vorhanden die Haupt- und Nebenverträge, zu gleicher Zeit im Jahre 1916 geschlossen; dann die Wagenmietverträge vom Frühjahr 1918 sowie deren Wenderung im Februar 1921.



schon, daß hier das Staatsinteresse in keiner Weise genügend gewahrt und daß die Mitropagründer einen weiteren Blick hatten als die den Staat vertretenden Geheimräte. Denn welche enormen Lasten dem Staat auferlegt wurden dadurch, daß man bei dieser Mitropa vornehmlich auf jede Beförderungsenhchädigung verzichtete, ergibt sich aus folgenden Zahlen: 1917 betrug die Zugbeförderungsstellen für einen Wagenkilometer 50 Pf., 1918: 92 Pf., 1919: 3 M., 1920: 4,80 M. Rechnet man dann die von der Bahnverwaltung an die Mitropa geleisteten Wagenbeförderungen, so ergibt sich ein sehr hohes Bild; denn in den vier Jahren von 1917 bis 1920 hat die Bahnverwaltung allein bei den Speisewagen ein Verlustkonto von nicht weniger als 70 Millionen Mark zu buchen. Und diese Aufwendung ist erfolgt, um dafür als einzige Gegenleistung im Jahre 1917 156 000 M. als Ertrag von dem Reingewinn einzufassen! Das klingt wie ein Märchen! In den Jahren 1918/19 verteilte die Mitropa nur 5 Proz., und es klingt ganz schön, wenn der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums sagt: „Die Verwaltung hatte also nichts zu fordern.“ Eine teure Bekämpfung der internationalen Schifffahrtsgesellschaft! Über noch eine andere Seite hat die Bahnverwaltung dieser Gesellschaft. Die Post z. B. zählt an die Bahnverwaltung noch wie vor Wagenaufgelder, und die eine Behörde nimmt's hier der anderen ab, während die Mitropa, die doch kein den Staat oder das Reich unterstützendes, vielmehr ein mit ihm konkurrierendes Unternehmen ist, umsonst fährt; sie zahlt der Bahnverwaltung nur dann etwas zu den Baraufwendungen, wenn die Aktionäre satt geworden sind. Diese steckten also auch in den Jahren 1918 und 1919 5 Proz. ein, die Staatsbahnverwaltung schuferte Millionen zu und versucht noch heute die Verluste durch die Erhöhung der Arbeiterwochen- und Monatskarten zu ersetzen.

Inzwischen ist natürlich der Vertrag vom Jahre 1916 abgeändert worden, und zwar mit dem Ziele, der Bahnverwaltung erhöhte Einnahmen zu verschaffen und gewisse Lasten auf die Mitropa abzumägen. Aber auch diese schönen Redensarten genügen nicht, oder dürfen unseren Volksvertretern nicht genügen. Dieselben Juristen, die den Vertrag von 1916 ausgehandelt haben, sind auch in der Lage, die Abänderung so vorzunehmen, daß die Gesellschaft mit ihr zufrieden sein kann; die Geheimräte dagegen, die jenen Vertrag tätigen, der von einem hohen maßgebenden preussischen Beamten schon im Jahre 1919 als schuftig bezeichnet wurde, dürfen wohl kaum noch das Vertrauen für sich beanspruchen, das Staats- oder Reichsinteresse zu vertreten. Unser Verlangen muß heißen: Mehr Licht in diese Angelegenheit! Und zum Schluß richten wir an den Reichsverkehrsminister die Frage, ob er wohl gewillt ist, den Wagenverleihvertrag, der am 5. Februar 1922 abläuft, noch zu verlängern oder ihn zu kündigen. Die Reichsbahnwagen sind der Reichskasse dienlich zu verwenden. Hier haben Reichstag und Reichswirtschaftsrat noch allerhand Arbeit. Aber auch jeder Steuerzahler sollte sich solche Kassenchwächungen verbitten, denn schließlich ist ja doch die Eisenbahn nicht Geheimratselgentum.

Zurück mit den Schlafwagen in Reichshände, gründliche Untersuchung gegen leichfertige Vertragsabschlüsse — diese Forderungen sind hier am Platze. Die Sache selbst ist zugleich eine Warnung für diejenigen, welche die Entstaatlichungsabsichten der deutschen Industrie noch nicht richtig verstanden haben.

### Die Bayerische Volkspartei gegen Entstaatlichung.

München, 12. November. (T. U.) Es ist bemerkenswert, in welcher Weise die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, also das Organ der größten politischen Partei Bayerns, sich zu dem Plan einer Entstaatlichung der Reichseisenbahnen äußert. Die Korrespondenz veröffentlicht einen Artikel aus maßgebender Quelle, worin auf das gewaltige Heer der Beamten, Angestellten und Arbeiter hingewiesen wird, deren Existenz und soziale Wohlfahrt den Reichsverkehrsbetrieben anvertraut sind. Die Erregung, welche sich dieser Kreise, die einen großen Teil der deutschen Gesamtbevölkerung darstellen, bemächtigt habe, sei durchaus begründet. In politischer Beziehung könne es nicht gleichgültig sein, ob in entscheidenden Augen-

blicken das gewaltige Instrument der Verkehrsbetriebe sich in den sicheren Händen des Staates oder unter dem Einfluß von Monopolen der Industrie und der Börse befindet. Der Schritt der deutschen Industrie sei mit Nachdruck abzulehnen wegen der Gefahren, die er für das deutsche Volk in sich birge.

### Maßnahmen gegen Erwerbslosigkeit.

Gestern hat im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns begonnen. Mit einer Ausnahme waren die sämtlichen zuständigen Ministerien der Länder vertreten. Erster Gegenstand der Beratung war die Beschaffung von Arbeit für Erwerbslose und Erwerbsbeschränkte für den Fall, daß die heutige günstige Lage des Arbeitsmarktes wieder einer krisenhaften Entwicklung Platz machen sollte. Ferner wurde eingehend über die Finanzierung des Wohnungsbaues im Jahre 1922 verhandelt. Die Besprechung wird heute fortgesetzt.

### KPD. und sozialistische Regierungen.

In Sachsen und Thüringen sind die Kommunisten sozusagen Regierungspartei geworden. Sie dürfen dort keine Dummheiten machen, die unmittelbar zum Sturz der sozialistischen Regierungen und zum Sieg der Bürgerlichen führen müßten, denn in dem Augenblick, in dem sie dies täten, würden ihnen auch die letzten Arbeiter davonlaufen. Aber wohin kommt bei einem solchen Opportunismus die Revolution? Sie verwandelt sich eben zu einer Resolution, die dem Zentralkomitee der KPD. von der Zentrale vorgelegt wird. Diese Resolution aber hat es in sich, sie besteht aus vielen Abschnitten und umfaßt in der „Roten Fahne“ fast eine ganze Seite. Den geistigen Höhepunkt der hier betriebenen salubristischen Haarplakerei bildet folgender Passus:

„Die historische Rolle sozialistischer Regierungen kann heute wie im November 1918 nur die eines Schutzwalles der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen sein. Ein solches Schutzwalle, denn der nächste Schritt über die sozialistische Regierung hinaus ist die proletarische Diktatur. Dieser Schritt kann natürlich nicht im Rahmen von Landesregierungen gemacht werden, sondern nur für das ganze Reich. Die Aufgabe der kommunistischen Partei gegenüber sozialistischen Landesregierungen ist es, durch parlamentarische und außerparlamentarische Propaganda und Aktionen die Volksmassen, d. h. die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, von den regierenden sozialistischen Parteien loszulösen und für die proletarische Revolution zu gewinnen, die ideologischen und organisatorischen Vorbereitungen für den nächsten Schritt vorzubereiten. Dieser nächste Schritt vorwärts, der Sturz einer „sozialistischen Regierung“ zugunsten der Diktatur, kann selbstverständlich nicht ein parlamentarischer Akt, sondern muß das Ergebnis des Volksaufstandes sein, der das ganze Reich ergreift.“

Also sozialistische Regierungen sind Schutzwälle der Bourgeoisie und müssen durch Volksaufstände gestürzt werden. Solange es aber nicht so weit ist, darf man sie parlamentarisch unterstützen. So einen theoretischen Unsinn müssen die Kommunisten produzieren, um praktisch vernünftig sein zu dürfen.

### Zurückgewiesene Machtansprüche.

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Landeszentrale und Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Bayerns erlassen heute morgen folgende Rundgebung gegen den bayerischen Kronprinzen:

„Kuprecht von Wittelsbach, der ehemalige Kronprinz von Bayern, hat den Befehlungsstab seiner Eltern dazu benützt, in verklärter Form angebliche „Ansprüche“ auf einen nicht mehr bestehenden Königsthron in Bayern zu erheben. Pflicht der bayerischen Regierung als Hüterin der Verfassung wäre es gewesen, die in der Rundgebung erhobenen Ansprüche sofort und entschieden zurückzuweisen. Die Rundgebung Kuprechts von Wittelsbach läßt jedes Gefühl der Verantwortung gegenüber dem deutschen und

bayerischen Volke vermissen, denn sie verfolgt lediglich persönliche und dynastische Ansprüche. Es geschieht das in einem Augenblick, in dem allein der enge Zusammenhalt des ganzen deutschen Volkes auf dem Boden der republikanischen Reichs- und Landesverfassung den völligen Zusammenbruch verhindern kann.

Kuprecht von Wittelsbach muß wissen, daß die Verwirklichung seiner Wünsche jetzt wie in Zukunft nur um den Preis einer Zerstückung des Deutschen Reiches

erreicht werden kann. Wir Sozialdemokraten weisen die Unterstellung, daß die Rechte Bayerns nach der Revolution preisgegeben worden seien, entschieden zurück. Das damalige Kabinett wie der Landtag haben in klarer Erkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge die jetzige Verfassung festgelegt und die Verträge mit dem Reich abgeschlossen. Damals fanden wir keinen Widerstand, vielmehr die tätige Mithilfe derjenigen Parteien des Landtages, die heute das von ihnen selbst geschaffene Werk wieder erschlagen möchten. Das deutsche Volk hat die freistaatliche Verfassung auf eigenen Willen sich selbst gegeben. Wir wissen, daß sich die Absichten und Pläne Kuprechts von Wittelsbach und der hinter ihm stehenden parakristlich-monarchistischen Geschäftsleiter, wenn überhaupt, so nur mit Hilfe des Auslandes verwirklichen lassen. Eine Rheinbundmonarchie von Frankreichs Gnaden wird nicht wieder entstehen; dafür sorgt das gesamte freilichlich gesinnte deutsche Volk, vor allem die deutsche und bayerische Arbeiterklasse.“

### Politische und unpolitische Vereine.

Das Reichswehrministerium hat im Verfolg des § 38 des Wehrgesetzes nach Rücksprache bei dem zuständigen Ministerium des Innern bestimmt, daß der Aldeutsche Verband, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Bund der Aufrechten und die Deutsche Friedensgesellschaft als politische Vereine, der Guttempler Orden, der Verein „Rheinland“ und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesangenehmlieferer dagegen als nichtpolitische Vereine anzupflichten sind. Erstere sind demnach für die Angehörigen der Reichswehr verboten, letztere erlaubt.

Die Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft zum politischen Verein muß nach dem Charakter dieser Gesellschaft als schwerer Mißgriff bezeichnet werden.

### Neuwahl der badischen Regierung.

Karlsruhe, 12. November. (T. U.) In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages stimmte das Haus nach einem Bericht des Abgeordneten Dr. Zehner (Z.) den Anträgen des Wahlausschusses, die Wahl zum badischen Landtag für gültig zu erklären, bei Stimmhaltung der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Unabhängigen gegen die Stimmen der Demokraten zu. Da das Mandat der badischen Regierung infolge der Neuwahl des badischen Landtages abgelaufen ist, findet in der nächsten Sitzung am Freitag, den 18. November, die Neuwahl der Regierung statt.

Die „Rote Fahne“ gegen die Wahrheit. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe eine Meldung, nach der der Oberbürgermeister von Hannover und Landtagspräsident Genosse Reiner mit dem „Mhenania“-Konzern zwecks Verkauf der hannoverschen Hofenanlagen an den Konzern in Verhandlungen getreten sei und ihm hierfür eine Aufsichtsratsstelle in Aussicht gestellt worden ist. Wie so oft, handelt es sich auch hier um eine Verdrehung von Tatsachen mit dem Zweck, sozialdemokratische Führer zu verleumdern. In Wirklichkeit handelt es sich um den Antrag einer Schiffahrtsgesellschaft am Bindener Hofen, mit der Stadt Hannover ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu errichten. Die Verhandlungen hierüber sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Gleichzeitig veröffentlicht „Die Rote Fahne“ eine Mitteilung von „großen Lebensmittelschiebungen des mehrheitssozialistischen Senators Lindemann“, die eine große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen haben sollen. Die Lebensmittelschiebungen sind genau so erfinden wie die obige „Erregung“, die ebenfalls auf Kombinationen der „Roten Fahne“ beruht.

40 italienische Sozialisten im Hungerstreik. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ sind im Gefängnis von Bari 40 seit Mai verhaftete Sozialisten zum Protest gegen den weiteren Aufschub ihres Prozeßes um 6 Monate in den Hungerstreik getreten.

dieser epochemachenden Arbeit erhielt Kernst einen Ruf an die Göttinger Universität. Seit 1905 wirkt Kernst als ordentlicher Professor an der Berliner Universität, wo er das bisherige zweite Institut in der Bunsenstrasse zu einer vorbildlichen Forschungsstätte für physikalische Chemie umgestaltet hat. In Berlin fert er seine Versuche über die galvanische Stromerzeugung und des Luergasglühlicht fort. Der Gelehrte, der in hohem Maße die Eigenschaften besitzt, die sich aus der wissenschaftlichen Forschung ergebenden Aufgabenstellungen zu übersehen, um der Praxis dienstbar zu machen, konstruierte die nach ihm benannte Lampe, bei der als Glühkörper statt des sonst üblichen Kohlenfadens ein Stäbchen aus einem Metall-ozyd Verwendung findet. Auch seine elektromotorischen Untersuchungen und thermoelektrischen Studien über Verbrennungsprozess in Gasmotoren gewannen weitgehende praktische Bedeutung, die der Praxis neue aussichtsreiche Ausblicke eröffnen. Durch seine experimentellen Studien wie seine literarischen Arbeiten hat Kernst auf die heutige Generation der Chemie in der ganzen Welt einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt.

Walhalla-Theater: „Jung muß man sein.“ Erst dachte ich: Wie kommt Jean Gilbert ins Walhalla-Theater?, gleich darauf: Schade ums Walhalla-Theater! Drei bekannte Autoren (Zeit von Leo Belpziger und Erich Urban) und fünf trauriger Niederlagen? Ein Gartenlaube-Motiv, das entsetzlich lang gedehnt, perverriert, schließlich zu der Vereinigung führt, die wir schon zwei Stunden früher genau wußten. Ein paar gute Witze in der nähen Folge seien angemerkt. Jean Gilbert war damals, vor reichlich zehn Jahren, sicherlich in einem verdammt naiven Stadium. Selbst die Orchestration ist etwas trivial im Gehmaß, geschweize die Erfindung und die charakteristische Unternehmung. Entsetzlich viel trügerisches Schmalz und als Gegenstück lärmendes Blech, das ist der Grundton des Ganzen. Nur einige ganz kleine Dafen.

Die Aufmachung war nicht übel, mit Ausnahme des Chores, der äußerlich etwas restauriert werden mußte. Gilbert am Dirigentenpult wurde gefolgt wie ein Held Walhalla. Alfred Buntner, der effektivere Komiker, und Harry Collin, der liebende Jüngling, waren vorzüglich. Auch Elise Böttcher war vorzüglich, Grete Selin und Theo Lucas etwas weiter in Abstand, auch Karl Reiser, der zugleich der tüchtige Regisseur war. Hans Jellat und Sophie Kanitz holten sich einen hübschen Sondererfolg als Tänzer.

S. M.

Erkennungen der Woche. Dienstag: Schiller-Theater: „Die Schmeißerlingsschlacht.“ — Schauspielhaus Potsdam: „Die Volkseiferin.“ — Donnerstag: Volkshaus: „König Lear.“ — Schauspielhaus Potsdam: „Der Weistuhl.“ — Neues Theater am Zoo: „Der Dummkopf.“ — Altes Theater: „Das weiße Land.“ — Freitag: Neues Volkstheater: „Die Ballon.“ — Sonnabend: Stadtoper: „Christofflein.“ — Stadtoper Schloß Theater: „Medea.“

Iranische Porträts. Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: „Das Wunder des Schneehuh.“ Montag: „Im Rinnstein zum Ronde.“ Freitag: „Irrlicht über R. Radmus über: Spiel und Sport mit Filmmotivführungen.“

### Millionäre in Lumpen.

Wiener Bilder von Max Winter.

„Aljo, Ihr Mann gibt alles her, die ganzen fünftausend Kronen, die er in der Woche verdient.“

„Ja, all's, sonst schauet's traucig mit der Ruchl aus; da gebert's kein Fleisch!“

Ueber den Küchendienst hat die junge Frau ein Wachstum als Wandhuhn genagelt, auf dem dem Manne jahraus jahrein seine Pflicht vorgehalten wird:

Gibt der Mann zu wenig Geld,

It's mit der Küche schlecht bestellt.

Kaum ist es aber nötig. Er scheint einer von den ganz Guten zu sein, die sich draußen gar nicht wohl fühlen. Er ist Ruchler und muß sich den ganzen Tag auf der Gasse herumschlagen, aber Mittag ist er daheim und abends auch. Auf's Essen holten die beiden, die nur noch für den zwei Monate alten Wurm zu sorgen haben, der in dem schmalen einseitigen Raum das Licht der Welt erblickt hat, in einer der zweihundert Kammern, die im „Erbstehhaus“ in Erdberg als Wohnungen für ebenso viele Familien dienen.

Hinter der zweiten Tür, die wir öffneten, mochten wir mit der jungen Mutter ihre Rechnung. Nicht nach ihrem Einschreibebuch — die ehemalige Bäglerin führt keine Aufzeichnungen —, nur nach dem Gedächtnis gibt sie uns an, wie sie Woche um Woche die 5000 Kronen verbraucht. „Alles geht fürs Essen auf. Die Wohnung kost' 26 Kronen im Monat. Das is all's. Für a G'wond bleibt nig übrig.“ — „Aber der Mann braucht doch was, wenn er den ganzen Tag auf der Gass'n ist?“ — „Das verdient er si extra. Was er Lohn hat, gibt er her und das brauch' i oa.“ — „Was lochen Sie denn?“ — „Was halt grad is. Gestern z' Mittag hab' i o Mischupp'n g'macht, Knödel und Kraut. Auf d' Ruchl a Fleisch, Knödel und an' Reich (Birking), der hat allein 80 Kronen kost' und die Erdäpfel 66 Kronen.“ — „Und das Fleisch?“ — „200 Kronen und dazu das Schmalz.“ — „Da is ja wohl was übrig blieb'n.“ — „Und das können Sie sich leisten?“ — „Ma' net alle Tag', und das nur, weil ich Zubeh'n hab', all' Woch'n a Klo Fetten, das san allan 1400 Kronen — sonst wär's net möglich.“

„Wissen Sie, daß Sie eine Millionärin sind?“

Die Frau lächelt ungläubig. „A Millionärin? ... So schau'n' i aus.“ — „Sie brauchen nur rechnen. Ihr Mann gibt Ihnen für 'n Haushalt allein im Jahr eine Viertelmillion Kronen, das sind die Zinsen von fünf Millionen. Wenn Sie fünf Millionen Vermögen in der Bank liegen hätten, so müßten Sie an Zinsen höchstens 5000 Kronen in der Woche herausfragen.“ — „Aljo san m'r Millionärin!“ — „Ja, wir sind heute alle Millionäre.“ — „Ja, aber Millionäre in Lumpen, da brauchen S' nur die Schürzen anzuschauen.“

„Othello“ im Staatstheater. Jechner inszeniert den „Othello“ mit Licht und Kostümen. Nur das Senatorenhaus, aus dem Desdemona geraubt wurde, wird in dem Bühnenhintergrund als ein weißes Märchen aufgebaut. Sonst bleibt dieser Hintergrund die ungeschlossene Unendlichkeit, bald in Dunkel gehüllt, bald rosafarben überhaucht, je nachdem der besonnene Meereshorizont oder die Wände eines Dogenpalastes vorgegaukelt wurden. Aus dieser phantastisch schwarzen Tiefe, die als wirkliche Vertiefung gedacht ist, flattern die Spielenden auf die Bühne. Schließlich wird uns das Sterbebett Desdemonas als eine Wirklichkeit sichtbar. Alles andere ist nur angeordnet, stillfirt. Es ist ein sparsamer Stil und ein überheblicher Stil zugleich, weil man das System entdeckt und etwas erschrickt vor der dauernden Wiederholung bühnentechnischer Mittel, die dem Dichterverwert mancherlei Gewalt tun.

Kortners Othello ist leicht und gut. Er richtet sich von Anfang an auf das Traquillische ein. Er zeigt Kultur, nicht Rohrengrausigkeit. Es dürfte einer Jungfrau nicht schwer werden, ihr Seelen und das übrige diesem berühmten Feldherrn anzuvertrauen. Kortner macht den Othello, der leicht zu hottenstlich gemimt werden könnte, europäisch, ja sogar föhlich. Er ist der lieblichen Regier, den man sehen konnte. Seine hohen Zärtlichkeitstöne klingen zunächst wie Romanegefaßel, wonach dann die Eiferfucht, die bis zur Mordtat treibt, daraus noch als menschliche Herzengeweiung schreit. Gegen diesen weichen Othello Steinrück's Jago: ein jelloariner, mit Fettpfosten an Gesicht und Schenkeln sich wogender Jahrmarktsbudenatrotat. Er schleudert den schblonden Schopf wie ein Schmirerntommiadant, er verzerrt das Gesicht oft bis zur Regierfrage; was natürlich zu dem belnahe lieblichen Othello den trüfflichsten Gegenspieler gibt. Die Desdemona der Frau Hoser ist nur jungfräulich, nur gebrechlich, nur untertan, ihr fehlt Benezlererblut, sie beugt sich in lährender Verlorenheit, sie verfehlt jedoch die Augenblicke des Bäumens.

Der deutsche Nobelpreisträger für Chemie, Prof. Walter Kernst, dem die schwedische Akademie der Wissenschaften soeben den Nobelpreis für Chemie zum zweiten Male zuerkannt hat, ist der großen Öffentlichkeit vor allem durch die Erfindung der nach ihm benannten elektrischen Lampe bekannt geworden. In dieser Erfindung, die Kernst's Studien über die Elektrizitätsleitung in hochgereinigten Substanzen verwertet und den Namen des Entdeckers in der Welt populär gemacht hat, spiegeln sich indessen nur die praktischen Folgerungen der theoretischen Forschungen eines Gelehrten wieder, der einer der hervorragenden Vertreter der von van't Hoff, Arrhenius und Oswald begründeten physikalischen Chemie ist.

Am 25. Juni 1864 in der kleinen wesspreußischen Stadt Briesen geboren, war Kernst schon in jungen Jahren Wilhelm Oswald nähergetreten, der die Forschung und den Unterricht der neuen Lehre in seinem Leipziger Institut organisiert hatte. Von hieraus eroberte sich die junge Wissenschaft die ganze Welt. Als Oswalds Assistent trug Kernst dazu bei, die Ionenlehre auszubauen. In ihrem Erfolg hat seine bahnbrechende Schrift „Die elektromotorische Wirkfunktion der Ionen“ wesentlichen Anteil. Sie bildete den Ausgangspunkt einer Lehre der Elektrochemie, die in der Folge für Wissenschaft und Technik gleich bedeutend werden sollte. Auf Grund







**Gewerkschaftsbewegung**

**Lohnabbau bei den Kraftdroschkenführern.**

Die Kraftdroschkenführer (Benzindroschkenfahrer) nahmen am Freitag in gutbesuchter Versammlung gegen die geplante Lohnreduzierung Stellung. Der Branchenleiter Bachmann führte dazu aus: Im August kam durch Spruch des Schlichtungsausschusses ein Tarif zustande, dessen Geltungsbauer vom 15. August bis zum 31. Dezember bemessen wurde. Strittig blieb nur noch die Frage des Wagnerslohens. Als Entlohnung wurde ein jeßer Geh von 3 M. pro Schicht und die Zahlung von 18 Proz der Gesamteinnahme festgelegt. Damals wurde von den Fahrgästen die achtfache Friedensstoge genommen. Die Lage wurde dann auf das Neunfache und am 3. November auf das Fünfzehnfache erhöht. Nun beschloß eine Versammlung der Kraftdroschkenbesitzer am 7. November, ab 9. November den Fahrern statt der tarifmäßigen 18 Proz der Gesamteinnahme nur noch 15 Prozent zu zahlen, obgleich der Tarif gemäß dem Spruch des Schlichtungsausschusses bis zum 31. Dezember gilt. Unerheblich ist, daß der Tarif von beiden Seiten nicht unterschrieben worden ist, sondern auf Treu und Glauben abgeschlossen wurde. Die Reduzierung des Lohnes wurde einfach durch Anschlag in den Garagen diktiert. Es handelt sich um einen nackten Tarifbruch. Allerdings haben einzelne Unternehmer diesen Vertrauensbruch bisher nicht mitgemacht. Die Fahrer haben natürlich keinen Anlaß, sich die, noch dazu tarifwidrige, Lohnreduzierung gefallen zu lassen. Es gilt, den Willen der Kollegenschaft zum Ausdruck zu bringen. Jeder ergänzte die Ausführungen und stellte fest, daß ein Unternehmer als Grund der Reduzierung angegeben habe, die Fahrer verdienten zuviel. Diese Behauptung widerlegte der Redner durch eine Schilderung aller einschlägigen Verhältnisse, wobei er hervorhob, daß viele sogenannte Arbeitstage in Wirklichkeit den Zeitraum von anderthalb Arbeitstagen — 12 bis 16 Stunden — umfassen.

In der Diskussion wurde gegen das unerhörte Vorgehen der Arbeitgeber scharfer Protest erhoben, der auch in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck kommt, durch die die Verhandlungsleitung beauftragt wird, sofort mit dem Verein der Kraftdroschkenbesitzer in Verhandlung zu treten und die Innehaltung des Tarifs zu fordern. Einer Verhandlungskommission wurden noch verschiedene Direktiven mit auf den Weg gegeben.

**Eine feine Firma.**

Die Firma „Photo-Manufaktur“, Halesches Ufer 9, Inhaber Herr Regierungsrat und Baurat Fischer, mit dem Geschäftsführer Herrn August Borne, ein ehemaliges langjähriges Vorstandsmitglied des Verbandes der Lithographen, Steindruckler und verwandten Berufe, sollte nach einjährigem Bestehen seinen gelernteren Photographen die neu bewilligten Tariflöhne, das heißt Mindestlöhne, bezahlen. Nachdem das Tarifamt die Firma verurteilt hatte, wurde dem Gehilfen der furchtbar hohe Lohn von 355 Mark pro Woche noch verweigert. Der zweite Betriebsobmann wurde, nachdem das Tarifamt geurteilt hatte, weil er 7 Minuten zu spät zur Arbeit kam, am Abend freilos entlassen. Die übrige Kollegenschaft trat am 28. Oktober, weil die Entlassung nicht zurückgenommen wurde, in den Streik. Nun sah sich der obgenannte Herr Borne genötigt, da er früher einer der radikalsten im Vorstand des Verbandes war, mit Hilfe der Sipo Streikbrecher einzutreten. Was sagen die Behörden und die Regierung zu einer solchen Firma, deren Inhaber ein ordentlicher Regierungs- und Baurat ist?

**Versammlungszensur durch den Lokalbesitzer.**

In einer Versammlung des Werkmeisterverbandes in Charlottenburg, Hohenzollern-Festhalle, Berliner Straße 5, am 4. November referierte ein Funktionär über den Streik der Gasthausangehörigen. Der Besitzer des Lokals mißte sich ein mit der Behauptung, die Bezahlung des Bedienungspersonals sei gut, was er auch zu beweisen suchte. Doch die Verlesung des Tarifs bestätigte die Ausführungen des Referenten. Zudem erklärte die Bäckerkammer unausfordern, daß auch sie nur 200 Mark monatlich erhalte, bei einer Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis spät in die Nacht hinein. Der Lokalbesitzer, der durch umfangreiche Renovierungsarbeiten zeitig, doch sehr aufwändig auf den Arbeitsnehmern besuchte Lokal gut floriert, entzog dem Bezirksverband das Versammlungslokal und den Saal zur Abhaltung eines Vergnügens. So konsequent wie dieser Besitzer von seinem Standpunkte aus mußte jeder Arbeiter und Angestellte handeln. Auf das Hinausgeworfenwerden sollte man es doch nicht erst antommen lassen.

**Weihnachtsunterstützung arbeitsloser Bauarbeiter.**

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, teilt mit: Laut Beschluß der Delegierten-Generalsversammlung vom 10. November wird die Mitgliedschaft aufgerufen, auch in diesem Jahre in eine Weihnachtsammlung zur Unterstützung der Arbeitslosen einzutreten. Die Sammelstellen sind im Bureau des Verbandes, beim Kaffeehaus, Kollegen Wartenberg (Zimmer 55), erhältlich. Den Baudeliegerten wird zur Pflicht gemacht, die Listen sofort in Empfang zu nehmen. Von allen Mitglieðern, die in Arbeit stehen, wird erwartet, daß sie sich nach bestem Können an dieser Sammlung beteiligen.

**Wirtschaft**

**Vom internationalen Geldmarkt.**

Die Bank von England und die Bundesreservebank New York setzten gleichzeitig ihren Diskont um 1/2 Proz. herab. Damit beträgt der offizielle Zinssatz in London 3, in New York 4 1/2 Proz. Da sich der Diskontsatz, den die großen Privatbanken berechnen, an beiden Plätzen unter 4 Proz. bewegt, so kann man bereits von einem recht stilligen Stand des internationalen Geldmarktes sprechen. In den entscheidenden Zentren des Weltkapitalverkehrs steigt das Angebot frei verfügbarer Geldmittel schneller als die Kreditnachfrage. Außerdem ist daher die Geldmarktlage der Länder mit neuem Geldverkauf und der Instabilitätsänder gleich. Hier wie dort herrscht Geldfülle, hier wie dort verhältnismäßig niedrige Zinssätze.

Aber die Umstände, welche diese Geldmangeligkeit in den Vereinigten Staaten und Deutschland erzeugt haben, sind grundverschiedener Natur. In der ökonomisch so mächtigen amerikanischen Union und auch in England bedeutet das Ueberwiegen des Angebots im Kreditverkehr eine Fülle dringender Realkapitals. Die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten können infolge der Abschließung nicht ausgenutzt werden.

Die Absatzstörung löst am Kreditmarkte verschiedene Wirkungen aus, je nach dem, bei welcher Drehung des großen Rades der Wirtschaft die Störung erfolgt. Reicht sie in einem Moment ein, wo große Mittel ausgeliehen sind, so stoßt der Rückfluß der kreditierten Summen infolge der Unverkauflichkeit der Warenvorräte. Dies macht die Geldgeber misstrauisch und zurückhaltend und treibt die Zinssätze empor. Werden die aufgelaufenen Vorräte allmählich abgesetzt und die Kredite zurückgezahlt, dann nimmt bei fortwährend verringerter Produktion die Nachfrage nach Darlehen ab. Nach einer notwendigen Liquidationsperiode führt also die Absatzstörung und das Darniederliegen der Produktion zu niedrigen Zinssätzen.

Der internationale Geldmarkt hat befallend auf die erste Zeitspanne der skizzierten Entwicklung auf den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Frühjahr 1920 mit Zinssätzen von 7 bis 7 1/2 Proz. reagiert. Da nach erfolgtem Liquidationsprozeß die gewaltige Produktionsbeschränkung weiter andauert, so mußte eine Periode niedriger Zinssätze eintreten.

Am deutschen Geldmarkte gingen die großen Zinsschwankungen in England und Amerika umfanges vorüber. Hier herrscht ständig Geldfülle, unabhängig vom Umfang der verfügbaren Realkapitals, weil die Notenpresse unangesehrt für reichliches Angebot am Geldmarkt sorgt.

**Die Valutaspekulation — Schweizer Franken besser wie Dollar.**

Der Schweizer Franken hat nunmehr einen Vorsprung vor dem Dollar auf dem Valutamarkt. In Amerika ist, im Gegensatz zur Schweiz, der Geldverkehr frei und die Banknoten haben eine fast 100prozentige Golddeckung, während sie in der Schweiz nur zu 71—77 Proz. gedeckt sind. Die erwähnte Valutaentwicklung wäre daher rätselhaft, wenn nicht die Spekulation als Erklärung herangezogen wird. An der Zürcher Börse tobt eine wilde Spekulation, an welcher nach Schweizer Berichten auch Kapitalisten aus Deutschland und Oesterreich einen großen Anteil haben. Nach einer Genfer Mitteilung verfügen deutsche Banken über 1200 Millionen Franken Forderungen in der Schweiz, Kapitalisten aus dem bayerischen Wien aber über 800 Millionen Franken (280 Milliarden österreichische Kronen), die sie aber nur zur Spekulationszwecken benötigen, indem sie diese Beträge in der Form von kurzfristigen Forderungen für die Spekulation immer bereithalten. Unterdessen wird in der Schweiz die Produktion eingeschränkt, Hunderttausende von Arbeitern werden entlassen, der Fremdenverkehr ist unterbunden, die Eisenbahnen werden nicht ausgenutzt und ihr Defizit steigt fortwährend, der Außenhandel ist stillgelegt und das Staatsdefizit in ständigem Steigen begriffen.

Die Bauernvereine für Ableserung. Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine erläßt einen Aufruf zur Belieferung besonders der Minderbemittelten mit Kartoffeln. Er fordert seine Mitglieder auf, auch die Ableserung des Umlagegetreides zu beschleunigen.

Kapitalerhöhungen im Spritkonzern. Die im sog. Spritkonzern zu einer Interessengemeinschaft vereinigten Werke Ostwerke — Schultze & Bahnhofs — Kahlbaum vernehmen ihre Stammkapitalen um das 1 1/2fache auf das 2 1/2fache. Die neuen Aktien werden zu so niedrigen Kursen ausgeben, daß auch hier eine Verwässerung des Aktienkapitals vorliegt.

**Soziales.**

**Der Zuchthausklaps.**

In sehr häufigen Fällen werden Strafgefangene während der Verbüßung ihrer Strafzeit einem Irrenhause überwiesen, weil sie vom sogenannten Zuchthausklaps befallen sind. Früher, als die festen Häuser der öffentlichen Irrenanstalten noch nicht so gesichert waren wie heute, wurde hierbei viel simuliert. Infolgedessen brachen zahlreiche Strafgefangene bald aus der Irrenanstalt aus. Neuerdings kommen Simulationen seltener vor, da die überaus starke Befestigung der Verwahrungshäuser der Irrenanstalten die Flucht so gut wie unmöglich macht. Die meisten der nach Irrenanstalten überwiesenen Strafgefangenen sind also wirklich geisteskrank geworden. Es sind sogar nicht die schlechtesten, gewöhnlich die besten und fleißigsten Strafgefangenen, die während der Strafverbüßung in der Erkenntnis ihres aus Jahre hinaus verpflanzten Lebens freudig zusammenbrechen. Trotzdem werden sie vom Gesetzgeber härter behandelt als die anderen, die ihre Strafe ohne Zwischenfälle verbüßen. Die Zeit des Aufenthaltes im Irrenhause wird nämlich auf die Strafzeit nicht angerechnet.

Es kommt also oft genug vor, daß ein Strafgefangener, der beispielsweise zu vier Jahren Gefängnis verurteilt ist und zwei Jahre im Irrenhause bleibt, insgesamt 6 Jahre abzusitzen hat. Das heißt: die gerichtlich zuerkannte Strafe wird ohne Schuld des Bestraften um die Hälfte verlängert. Je nach den einschlägigen Verhältnissen kann dann natürlich die Strafverlängerung auch vier, sechs oder noch mehr Jahre dauern, wenn eben nach Ansicht der Irrenärzte der Zuchthausklaps nicht früher geschwunden ist. Nur falls die Kräfte begünstigt, der Krankheitsverlauf habe nachträglich ergeben, daß auch schon bei Begehung der strafbaren Handlung die freie Willensbestimmung gefehlt haben müsse, fällt die Verbüßung des Strafrestes fort. Dann besteht aber wiederum die Gefahr der Strafverlängerung auf andere Art durch langjährige Festhaltung im Irrenhause aus Gründen allgemeiner Sicherheitsinteressen, während das Ende der gerichtlich erkannten Strafe zeitlich bemessen war. Das Verfahren ist sogar nicht ganz einheitlich. So wird im Staat Hamburg die Strafverlängerung durch Krankheitsbehandlung auf die Strafzeit angerechnet. Mitunter hilft man sich dadurch, daß freilich gestörte Strafgefangene in den Strafrestabschnitten für Minderwertige untergebracht werden.

Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen, aber auch niemand wegen des gleichen Verbrechens zweimal bestraft werden.

Die Verführung nach dem Irrenhause ohne Anrechnung auf die Strafzeit ist jedoch tatsächlich eine zweite Strafe, ohne Gerichtsurteil und ohne strafrechtliche Begründung. Die von allen Parteien geforderte Ausmerzung dieses Verfahrens durch die immer wieder verschobene Reform des Strafrechts ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die fraglichen neuen Bestimmungen müssen auch rückwirkende Kraft erhalten für alle Befangenen, die nach Strafe verbüßt und während der Strafverbüßung im Irrenhause waren. S. C.

**Aus aller Welt.**

**Blutbad eines Befehlshabers.** Dienstag abend erschloß ein Soldat des 5. französischen Kurassierregiments, das gegenwärtig in Rinn eine Übung abhält, die Ehefrau Margarete Dilger, weil sie das Verlangen, daß sie in nächster Stunde mit ihm eine Zusammenkunft haben sollte, nachdrücklich verweigert hatte. Die französische Genbarmerie verhaftete den Täter. Die Erschossene hinterläßt drei Kinder unter drei Jahren, der Ehemann ist am Rhein in Arbeit.

**Verurteilte Posträuber.** Vor dem Braunschweiger Schwurgericht stellte sich der Gärtnere Franz Junge aus Verburg, der Dreher Ludwig Reich aus Berlin und der Kraftwagenführer Ludwig Braune aus Diebelsdorf bei Banleben wegen eines in Gemeinschaft mit den noch nicht gefassten Hermann Koch und Wilhelm Schütz am 9. November v. J. verübten räuberischen Ueberfalls auf das Postamt Verwohle im Kreise Holzminden zu verantworten. Die Räuber hatten dabei 17000 M. geraubt. Die Geschworenen bewilligten mildernde Umstände zu, worauf die Angeklagten zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

**Seemannsnot.** Als der Hangöer Rettungsdampfer den vor ein paar Tagen zwischen Ekenäs und Hangö (Finnland) gestrandeten deutschen Dampfer „Eggo“ nach Ekenäs bugsierte, sank der deutsche Dampfer plötzlich. Der Kapitän und sechs Matrosen ertranken, die übrigen sieben wurden gerettet. Am Dienstag traf der holländische Dampfer „Waalstrom“ im Finnischen Meerbusen den einige Tage zuvor von Wiborg mit Eisenladung nach Deutschland abgegangenen, im Sinken begriffenen Bremer Dampfer „Gerbinnie“, der über das Braod eines gesunkenen Unterseebootes gefahren und dadurch led geworden war. Beim Herannahen des holländischen Dampfers sank die „Gerbinnie“ mit dem Kapitän und vier Matrosen. Die Ueberlebenden, der Steuermann und vier Matrosen, wurden in erschöpftem Zustande von den Holländern aus dem Rettungsboot geborgen und nach Wiborg gebracht. Sie kehren über Helsingfors nach Deutschland zurück.

**„Biofol“, Brust-Karamellen,**  
ein wertiges gutes Mittel gegen Husten und Heiserheit. Zu haben in den einzahl. Geschäften. — Laboratorium P. G. Giffarz, Berlin NO 18.  
Vertrieb: in den wohlf. Teil: Dr. Berner Weiser, Charlottenburg; für Angehörige: H. Hilde, Berlin; Verlag Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Drucks: Bornhördt-Verlag; in der Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

**Gewinn-Auszug**  
18. Breuch-Geld. (244. Breuch.) Klassen-Lotterie  
8. Klasse. 9. Ziehungsstag. 11. November 1921.  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gezielte Nummer in den beiden Abteilungen I und II.  
Obrer Gewinn. Nachdruck verboten.  
In der Vornachziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:  
2 M 3000 M 5578  
4 M 10500 M 13764 18043  
20 M 5000 M 0440 10598 18847 28519 133723 137537 1629 65 228029  
241454 251330  
04 M 10000 80 12318 26090 26654 28098 24503 42020 45104 45895  
82906 58924 6 074 88189 93551 102125 109017 110713 114415 114473  
116107 116847 119190 123103 140593 149438 157320 168342 172401 176583  
177212 181321 182997 198713 198338 198705 198518 203800 205380 226573  
228217 24 338 249188 250002 264471 289120 278912 29095  
354 M 1000 M 450 702 7339 8896 9540 10724 10744 11913 13310  
13780 17124 17907 24200 28076 28770 30122 30485 32827 32785 32825  
35133 35552 35994 38390 40573 40587 61209 62655 66473 6807 9208  
6894 7028 73822 73921 73993 78263 78908 78421 8020 83995 84024  
88973 88739 89233 91698 93804 96367 96871 97339 97429 103519 104545  
128828 108263 110403 111171 121408 116828 116230 118537 117748 127882  
118671 124890 128303 128478 128695 128102 140823 131491 135232 133841  
138213 137885 138980 138718 140075 141281 145347 145584 149287 149401  
149805 149833 151823 152372 152458 152489 153523 158704 159791 157044  
158002 162474 55794 17328 153801 182169 189854 179890 18607 80693  
178173 178850 177403 178108 179233 178443 179890 18507 178653 178671  
189951 190995 191337 193341 194158 195426 201618 201989 20278 203081  
203211 203827 207728 207800 207881 207882 208849 209511 209519 209581  
216910 219093 211187 224878 220258 226854 227907 227709 227729 228051  
230045 230448 230819 230899 238 81 246544 241127 248051 247786 248267  
251093 253598 262824 257803 257705 258325 263215 261299 263740 264591  
266480 267194 271588 280856 281545 283335 283918 291813 291990 292178  
293083 293471 293713 293736

**Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts“**

Das weltberühmte Werk Professor Dr. Bode's Buch vom Erkennen und Heilen des Menschen, das bereits Millionen unserer Mitmenschen den Weg zu besserem Leben und die ganze Weltwissenschaft und Heilkunde in neuem Verständnis vor Augen hat, ist in neuer Bearbeitung von 18 unserer besten Universitätsprofessoren, Ärzten und Ärztinnen in zwei großen Bänden (Schriftform) herausgegeben worden. Das Werk ist reich illustriert mit vielen bunten Tafeln und Abbildungen.  
Das Sachregister enthält etwa 8000 Namen, die in dem Werke behandelt werden.  
Wegen Raummangel haben wir hier nur 40 Namen herausgezogen:  
Artenvererbungen — Aßma — Bandwurm — Befruchtung — Blasenentzündung — Bliesucht — Blutarmer — Darmkrebbs — Darmlähmung — Colicisifer — Fotoplasma — Frauenkrankheiten — Gichtschleiden — Schönheitssäge — Venenkrankheiten — Gebärmutterentzündung — zu warme oder zu kalte Regen — von Ausbleiben derselben — Unfruchtbarkeit — Rastlosigkeit zur Verhütung der Empfängnis — Schwangerschaft — Krebs  
Gallensteine — Gebärmutterkrebs — Gicht — Hautkrankheiten — Impetigo — Ringwürmer — Leberkrankheiten — Lungenkrankheiten — Magenentzündungen — Nervenerkrankungen — Nervenkrankheiten — Scheidenentzündungen — Schwindel — Sexuelle Ausschüttung — Sepsis — Tripper — Tuberkulose — Urinuntersuchung — Weiser Buch — Wasserleitung — Zuckerkrankheit.  
Damit jeder Leser dieses einzig dastehende Werk anschaffen kann, wird das Werk gegen monatliche Raten von mindestens 30 Mark abgegeben und bitten wir, den Bestellchein auszufüllen und einzusenden.

**Bestellchein für das „Vorwärts“**  
In dem Verlag Peter J. Oeffergard, Berlin-Schöneberg, am Ort 11.  
Ich bestelle hiermit: Dr. Bode's Buch vom Erkennen und Heilen des Menschen in 2 Bänden zum Preise von 154 Mark. Ich zahle monatlich ... Mark. Die erste Rate ist nachzurechnen.  
Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.  
Name u. Stand:  
Ort, Straße u. Nr.

**Magenleiden**  
Somachosoxon  
In Apotheken! Prospekt gratis!  
Dorffstecher & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.  
Hauptdepot für Berlin  
Poststraße SW, Leipziger Straße 74.

**Klaviere**  
Jagdgewehre  
Automaten. P. Pistole usw.  
Gustav Rätzl  
Berlin W 8, Markgr. Jastr. 30

**Almetalle**  
Metallschmelze Marllannenstr. 12  
Edelmetalle ebenfalls höchstzahl

**GOLD-**  
Silber-Platin-Gruch  
Gutzkowskystr. 13

**Korbmöbel**  
Heinrich Kaese  
Korb- u. Rührmöb. Fabrik  
Neukölln, Berliner Str. 81  
Quergeb. pl. Klein.Lad.

**Altmetalle**  
kauft zu höchsten Preisen  
Frelhoff Nachfg.  
Mariannonstraße 7a